

Jürgen Falter (Mainz)

Protest- oder Überzeugungswähler? Zu den Motiven der Wähler rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien*

Wissenschaftliche Untersuchungen konnten belegen, dass die Wahl von Parteien wie der Republikaner, der DVU oder der NPD durch bestimmte Einstellungsmuster begünstigt wird. Dazu zählen politischer Protest und unpolitische Entfremdung, das Gefühl sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung, die Ablehnung von Ausländern und die Existenz nationalistischer, ja chauvinistischer Orientierungen. Die Überlagerung derartiger Einstellungen steigerte in der Vergangenheit die Wahrscheinlichkeit der Wahl dieser Parteien geradezu dramatisch. Die gleichen Mechanismen galten auch 1998.

Damit ist jedoch nicht die auch praktisch-politisch höchst bedeutsame Frage beantwortet, ob es sich bei den Wählern von DVU, NPD und Republikanern in erster Linie um Protest- oder nicht doch eher um Überzeugungswähler handelt. Anders ausgedrückt: Sind die Wähler dieser Parteien oder genauer, die Befragten, die für sie stimmen wollen, weniger ideologisch motivierte als vielmehr politisch frustrierte Protestierer, die leicht wieder von den anderen Parteien zurückgewonnen werden können? Oder sind es in der Wolle gefärbte „echte“ Weltanschauungswähler mit relativ fest gefügtem rechtsextremistischen Weltbild, um die sich die Parteien der Mitte umsonst bemühen?

Um dieser Frage nachgehen zu können, wurde in einer früheren Untersuchung („Wer wählt rechts?“, München 1994) eine eigene Rechtsextremismusskala entwickelt, die im Rahmen einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage im Herbst 1998 erneut einem repräsentativen Querschnitt der Wahlberechtigten vorgelegt wurde. Je zwei Aussagen dieser Skala befassen sich mit „Nationalismus“, „Pluralismus und Demokratie“, „Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus“, „Einstellung gegenüber Ausländern“ und „Antisemitismus“. Jede Einzelne dieser Aussagen, zu denen man auf einer fünfstufigen Antwortskala von „stimme völlig zu“ bis „lehne völlig ab“ Stellung nehmen konnte, trägt, wenn auch in unterschiedlichem Maße, zur Unterscheidung zwischen Anhängern, Wählern und Sympathisanten rechter Flügelparteien und anderen Befragten bei (vgl. Tab. 1, S. 26).

Wenn man davon ausgeht, dass niemand vollständig vorurteilslos ist, und sei es gegen Ostfriesen, Brillenträger, Journalisten oder BMW-Fahrer, muss man damit rechnen, dass die meisten Befragten der einen oder anderen Aussage zustimmen, ohne deswegen gleich „rechtsextrem“ zu sein. Aus diesem Grunde interessieren im

* Der hier abgedruckte Beitrag wurde zuerst veröffentlicht in: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Nein zur Gewalt: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2001. – Wir danken Autor, Herausgeberin und Verlag für die freundliche Genehmigung zum unveränderten Abdruck.

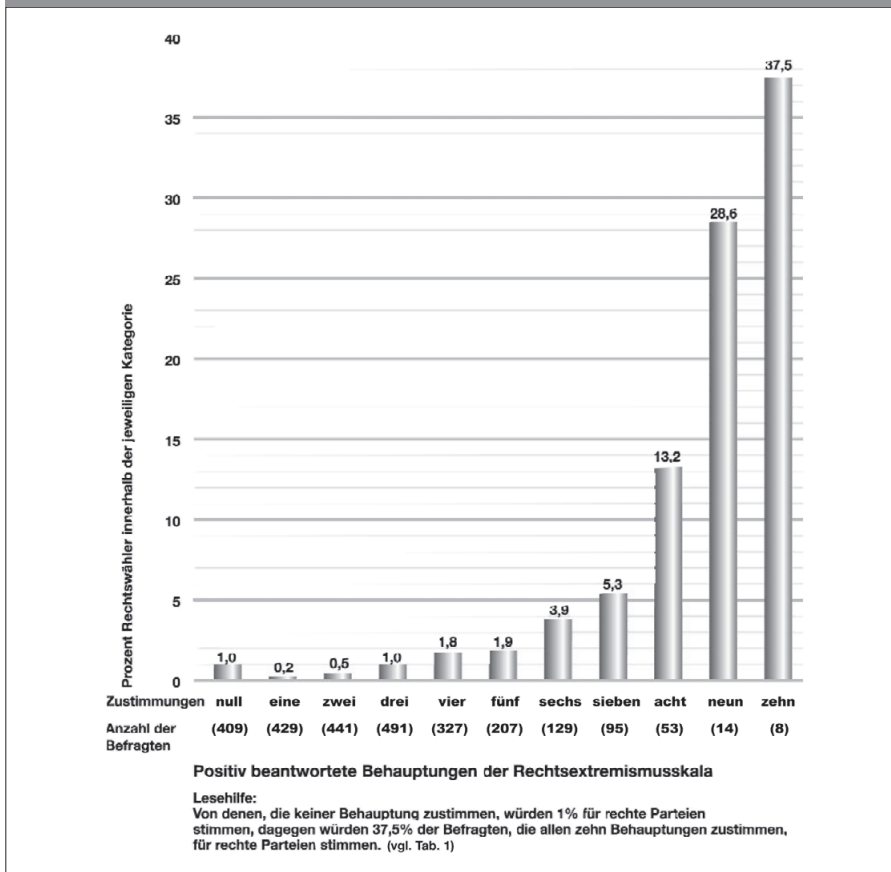
Tab. 1: Die Zustimmung verschiedener Befragtengruppen zu den Aussagen der Rechtsextremismus-Skala				
	Rechts-Anh.	Rechts-Wähler	Rechts-Symp.	Rest Bev.
Nationalstolz und Kollektivdenken				
Ich bin stolz ein Deutscher zu sein	4,4	4,2	4,1	3,7
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben	4,7	4,3	4,1	3,4
Gruppen- und Verbandsinteressen sollten sich bedingungslos dem Allgemeinwohl unterordnen	3,4	3,5	3,2	3,2
Diktatur und Nationalsozialismus				
Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform	2,8	2,6	2,6	1,7
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten	3,6	3,2	3,1	1,7
Ohne die Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen	3,3	2,8	2,8	1,7
Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit				
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet	4,6	4,5	4,1	3,1
Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten wählen	3,9	3,6	3,2	2,2
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß	3,3	2,9	2,6	2,0
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns	3,4	2,9	2,6	1,9
<i>Erläuterung:</i> Eintragungen sind die arithmetischen Mittel (1 = völlige Ablehnung, 5 = völlige Zustimmung)				

Folgenden weniger einzelne Aussagen als vielmehr die Antwortmuster der Befragten über alle Aussagen der Skala hinweg. Die Skala „Rechtsextremismus“ erfasst zwar ganz gewiss nicht die Gesamtheit rechtsextremistischen Denkens, also das, was man gelegentlich als „Syndrom Rechtsextremismus“ bezeichnet. Sie enthält jedoch, wie wir mittels verschiedener Formen der Faktorenanalyse ermitteln konnten, drei elementare Dimensionen rechtsextremen Denkens: Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit, Nationalstolz und antipluralistische Einstellung sowie eine positive Haltung zu Diktatur und Nationalsozialismus. Diese drei Dimensionen sind selbst wieder statistisch so eng miteinander verbunden, die einzelnen Aussagen unterein-

ander so konsistent, dass man tatsächlich der Skala „Rechtsextremismus“ auch formale Skalenqualität unterstellen kann.

Von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild wollen wir dann sprechen, wenn mindestens neun von zehn Fragen der Skala von einer Person stark positiv beantwortet werden, wenn diese mit anderen Worten auf allen Dimensionen der Skala eine hohe Ausprägung aufweist. Abbildung 1 zeigt den Anteil der Rechtswähler, geordnet nach der Anzahl der Aussagen, denen zugestimmt wurde. Der Zusammenhang zwischen der Zahl der positiv beantworteten Aussagen und der Häufigkeit der Rechtswahl ist von beeindruckender Stetigkeit: Wer keiner der zehn Aussagen zustimmt, das gilt für rund 16 Prozent der Befragten, neigt kaum zur Rechtswahl. Von denen, die allen zehn Aussagen zustimmen, tendierten im Herbst 1998 rund 38 Prozent dazu, bei Bundestagswahlen für die Republikaner zu stimmen, bei neun Aussagen sind es 29 Prozent, bei acht Aussagen 13 Prozent etc. (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Die Wahl rechtsextremer Parteien nach der Antworthäufigkeit auf der Skala „Rechtsextremismus 1998“



Quelle: DFG-Studie zur Bundestagswahl 1998

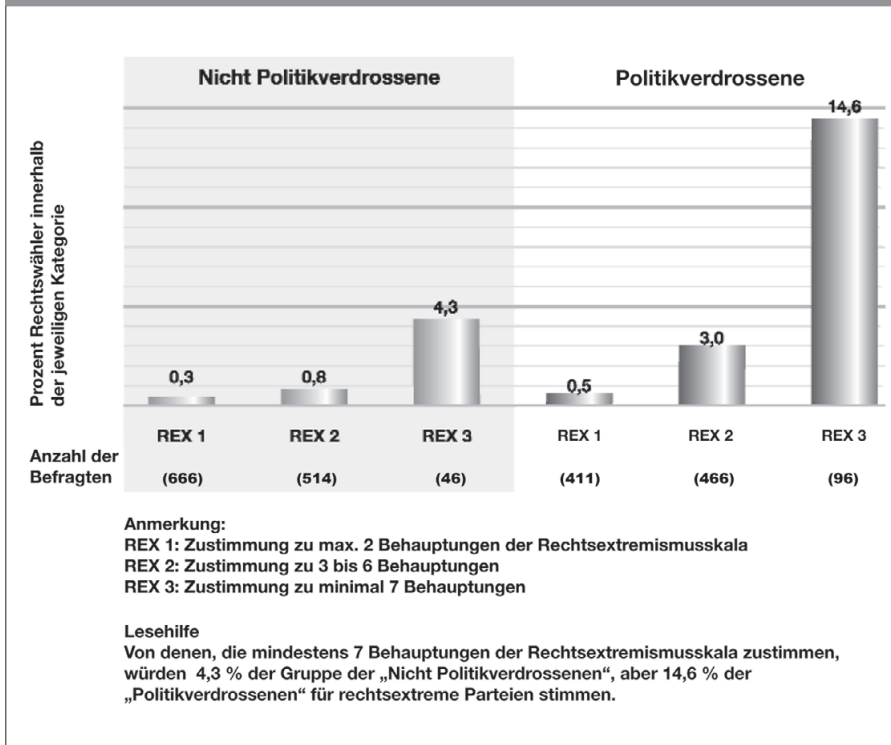
Tröstlich mag es für manchen Leser erscheinen, dass nur 0,3 Prozent aller Wahlberechtigten sämtlichen Aussagen der Skala beipflichten und überhaupt nur jeder Neunte sechs oder mehr Aussagen. Andererseits handelt es sich um teilweise recht kräftig formulierte Behauptungen. Bei zumindest einigen von ihnen muss man sich angesichts der schweren Hypothek der deutschen Geschichte fragen, wie ihnen überhaupt jemand vorbehaltlos zustimmen kann. Viele tun es dennoch. Wie immer man dazu stehen mag und wo immer man im vorliegenden Falle die Grenze ziehen möchte: Es ist ein schwer zu bestreitendes Faktum, dass ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild die Wahl der Republikaner und anderer Rechtsaußenparteien außerordentlich begünstigt. Es lässt sich daher die Regel aufstellen: Je „rechter“ die Einstellung einer Person, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass sie die DVU, NPD oder Republikaner wählt, und umgekehrt, je weniger rechtsextrem eingestellt ein Befragter ist, desto geringer ist diese Wahrscheinlichkeit.

Dies nochmals mit Hilfe eines besonderen Messinstruments, der Skala Rechtsextremismus, und neuester Daten, einer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziell geförderten Umfrage aus dem Herbst 1998, festgestellt zu haben, ist nur eine Zwischenstufe auf der Suche nach einer Antwort auf die Ausgangsfrage: Handelt es sich bei den Wählern der Rechtsparteien eher um Protest- oder eher um Überzeugungswähler? Zur Beantwortung dieser Frage ist es nötig, den gemeinsamen Einfluss von Protesthaltung und Rechtsextremismus auf die Wahl rechter Parteien zu betrachten. Dies soll wiederum in mehreren Schritten erfolgen: Nach einer Analyse der Überlagerung von politischer Protesthaltung und Rechtsextremismus und einem Blick auf den gemeinsamen Effekt von sozialem Benachteiligungsgefühl und Rechtsextremismus soll der kombinierte Einfluss von politischer Protesthaltung, sozialem Benachteiligungsgefühl und Rechtsextremismus auf das Wahlverhalten der Deutschen untersucht werden. Hierbei wollen wir, um mit der Beantwortung einzelner Fragen häufig verbundenen Zufallsergebnissen zu entgehen, erneut stärker mit einem aus mehreren Aussagen gebildeten Index als mit Einzelindikatoren arbeiten.

Der Index „Politikverdrossenheit“ stützt sich auf einen additiven Index aus insgesamt 15 Aussagen, zu denen man auf einer fünfstufigen, von „trifft voll zu“ bis „trifft überhaupt nicht zu“ reichenden Skala Stellung nehmen konnte. Dabei wurden die Felder der Parteien- und Politiker(un)zufriedenheit sowie die Einschätzung der Kontakt- und Einflussmöglichkeiten des einzelnen auf die Parteien und die Politiker berücksichtigt.

Aus Abbildung 2 (vgl. S. 29) geht hervor, dass Politikverdrossene erheblich häufiger als Nichtverdrossene zur Wahl rechter Parteien tendieren. Dies trifft aber nur dann zu, wenn sie gleichzeitig auf der Skala „Rechtsextremismus“ einen mittleren oder hohen Wert einnehmen, also nach unserer Definition tendenziell oder eindeutig rechtsextrem sind. Von politikverdrossenen, sehr weit rechts stehenden Personen erhalten die Rechtsaußenparteien auch noch im Herbst 1998 jede siebte Stimme; unter den Befragten hingegen, die politikverdrossen, aber nicht rechtsextrem sind, gibt es so gut wie keine Rechtswähler. Überdurchschnittlichen Zuspruch erhalten die rechten Parteien folglich nur dort, wo Politikverdrossenheit und rechtsextreme Einstellungen zusammenfallen.

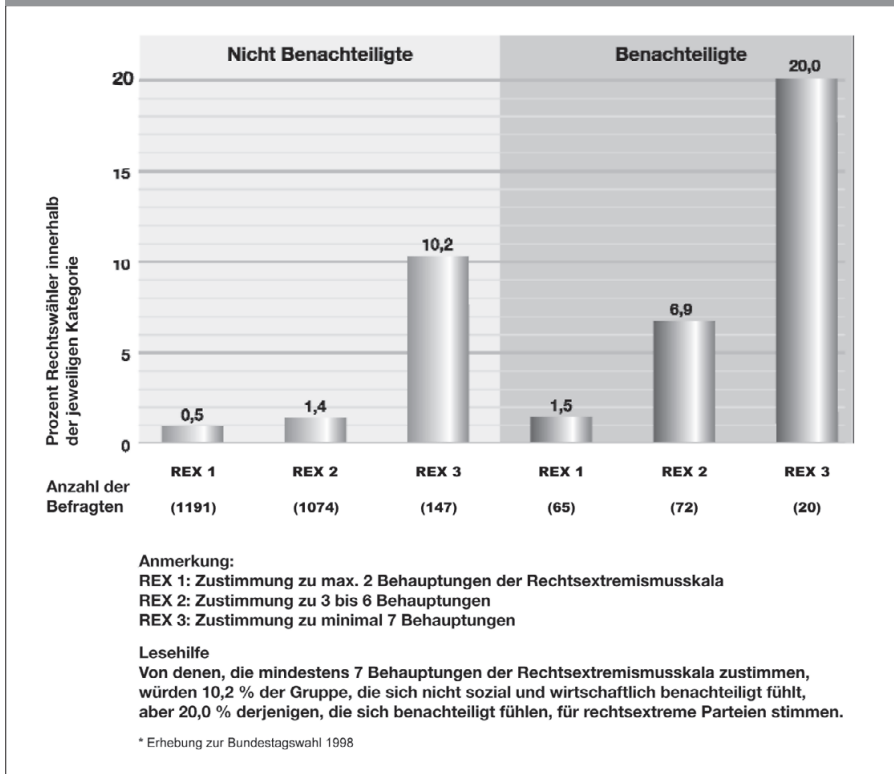
Abb. 2: Einfluss von „Politikverdrossenheit“ und rechtsextremen Einstellungen auf die Wahl rechtsextremer Parteien



Quelle: DFG-Studie zur Bundestagswahl 1998

An diesen Zahlenrelationen ändert sich substantiell wenig, wenn man statt Politikverdrossenheit das Gefühl, zu den Benachteiligten zu gehören, als Einflussfaktor mit der Skala Rechtsextremismus kombiniert. Auch dieser Einflussfaktor wird mit Hilfe eines kleinen Index gemessen, in den Aussagen über die Wahrnehmung der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Position einfließen. Diese Aussagen beziehen sich darauf, wie man sich von der Gesellschaft behandelt fühlt, ob gerecht oder ungerecht, und wie man die eigene wirtschaftliche Lage beurteilt. Wieder sind Republikaner, DVU und NPD bei solchen Befragten wesentlich erfolgreicher, die sich sozial und wirtschaftlich benachteiligt fühlen; erneut hat dies aber nur dann Auswirkungen auf das Wahlverhalten, wenn rechtsextreme Einstellungen das Gefühl der Benachteiligung politisch kanalisieren. In diesem Fall von Befragten, die sich benachteiligt fühlen und rechtsextrem sind, erzielen die Rechtsaußenparteien mit rund 20 Prozent vergleichsweise hohe Anteilswerte (vgl. Abb. 3, S. 30). Dagegen hat der Faktor „Benachteiligung“ bei Personen, die nicht ziemlich oder sehr weit rechts stehen, einen kaum messbaren Einfluss auf die Wahl dieser Parteien, wohl aber, wie wir gleich sehen werden, auf die Wahlbeteiligung und die Wahl anderer Parteien.

Abb. 3: Der Einfluss des Gefühls sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung und rechtsextremer Einstellungen auf die Wahl rechtsextremer Parteien 1998



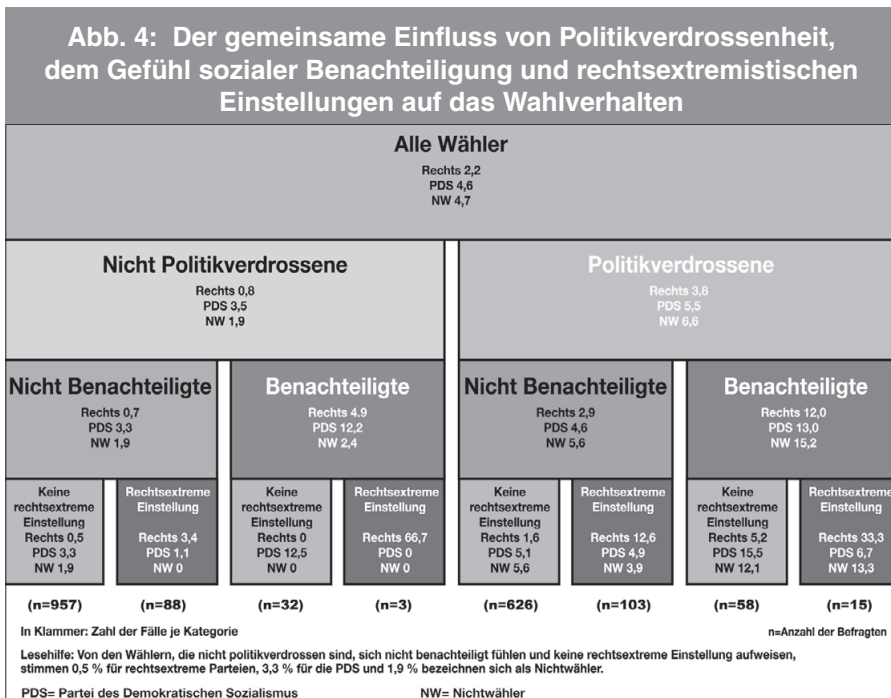
Quelle: DFG-Studie zur Bundestagswahl 1998

Eine Kombination der beiden vorstehenden Untersuchungsschritte soll diese Analyse abschließen. Durch sie wird es möglich, die eingangs gestellte Frage, was denn die Wähler der extrem rechten Parteien bewegt, Protest oder Überzeugung, hinreichend differenziert zu beantworten. Hierzu ziehen wir erstmals auch andere Parteien in die Betrachtung mit ein. Um die resultierende Faktorenkonstellation einigermaßen übersichtlich darstellen zu können, greifen wir im Folgenden auf das Verfahren des Kontrastgruppenvergleichs zurück. Dieses besteht in einer stufenweisen Zerlegung der Befragten nach der An- oder Abwesenheit bestimmter Merkmale.

So teilen wir auf der ersten Zerlegungsebene die Befragten danach auf, ob sie politikverdrossen sind oder nicht. In einem zweiten Aufteilungsschritt werden dann die Politikverdrossenen bzw. Nichtverdrossenen danach unterschieden, ob sie eher zu den subjektiv Benachteiligten gehören oder nicht. Wir haben es folglich auf dieser zweiten Verzweigungsstufe mit vier Gruppen von Befragten zu tun: Politikverdrossenen, die sich sozial benachteiligt bzw. nicht benachteiligt fühlen und Nichtverdrossenen, die sich ebenfalls benachteiligt fühlen können oder nicht. Im dritten und letzten Auftei-

lungsschritt werden endlich die vier Befragtengruppen der zweiten Unterscheidungsebene noch nach ihrer Position auf der Skala „Rechtsextremismus“ in jeweils zwei Kategorien aufgeteilt. Wir haben es also am Ende mit insgesamt acht Teilgruppen zu tun, die sich von „nicht verdrossen, nicht benachteiligt, nicht rechtsextrem“ bis „verdrossen, benachteiligt und rechtsextrem“ erstrecken. Für jede aus den verschiedenen Aufteilungsschritten sich ergebende Gruppe geben wir dann den Anteil wieder, den bei Wahlen die Rechtsaußenparteien, die PDS und das Nichtwählerlager erhalten würden (vgl. Abb. 4). Die PDS beziehen wir in die Darstellung mit ein, weil diese in erhöhtem Maße nicht-rechte Protestwähler bindet, und das Nichtwählerlager, da sich dieses den Wahlberechtigten als ein weiteres, politisch neutrales Ventil für politischen Protest anbietet. Die Einbeziehung von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen in die Darstellung erwies sich aus Gründen der Lesbarkeit als nicht sinnvoll.

Abbildung 4 belegt, dass im Herbst 1994 Republikaner, DVU und NPD ausschließlich bei Befragten Erfolg haben, die rechts oder sehr weit rechts stehen und sich politikverdrossen und/oder sozial und wirtschaftlich benachteiligt fühlen. Mit 33 Prozent sind sie bei politikverdrossenen, subjektiv benachteiligten rechtsextremen Wählern gegenüber ihrem bundesweit bei knapp vier Prozent liegenden Durchschnittsergebnis weit überrepräsentiert. Die PDS hingegen stellt immer stärker ein Sammelbecken für politikverdrossene, sich benachteiligt fühlende Bürger dar, wenn diese nicht rechts sind, wie ihr Stimmenanteil von (gesamtdeutsch!) immerhin 16 Prozent in dieser Gruppe belegt.



Quelle: DFG-Studie zur Bundestagswahl 1998. Werte für Gesamtdeutschland

Das Nichtwählerlager schließlich speist sich – weitgehend unabhängig vom politischen Standort der Befragten – überdurchschnittlich stark aus der Gruppe der subjektiv Benachteiligten und zugleich Politikverdrossenen, wobei Politikverdrossenheit alleine nicht zu überdurchschnittlicher Wahlenthaltung zu führen scheint.

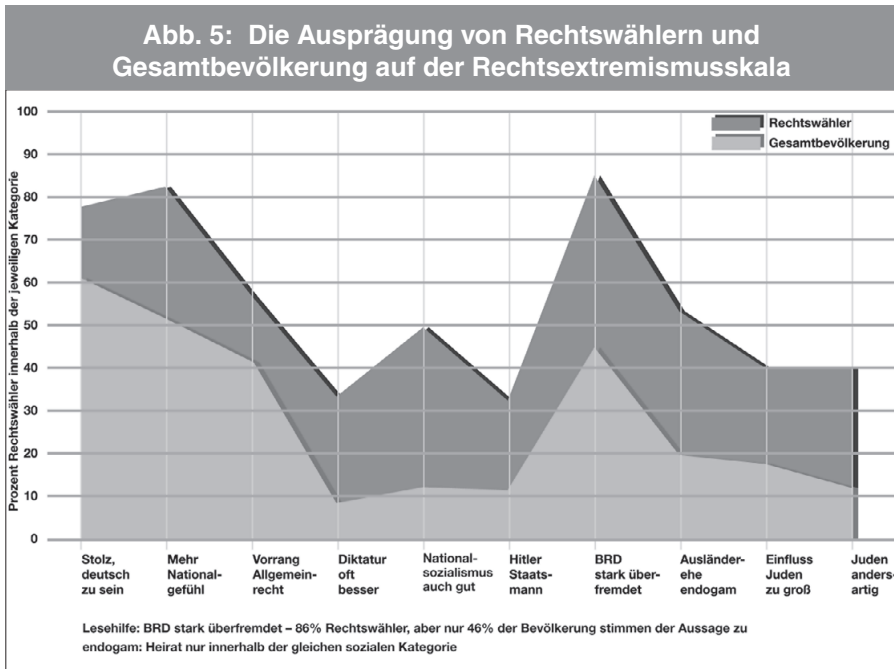
Wir können somit zum Abschluss dieses Kapitels ein bemerkenswertes Ergebnis festhalten: Bei der Bundestagswahl 1998 scheint es so gut wie keine extrem rechten Protestwähler gegeben zu haben, die politisch nicht zugleich sehr weit rechts stehen! Das Protestwahlmotiv spielt zwar für die Wahl rechter Parteien durchaus eine große Rolle, aber nur in Verbindung mit dem Vorhandensein rechtsextremer Einstellungen. Wo diese nicht existieren, profitieren das Nichtwählerlager und die PDS weit überdurchschnittlich vom Protest der Wähler. Umgekehrt reichen rechtsextreme Einstellungen allein nicht aus, die Wahl der Rechtsaußenparteien zu erklären. Sie werden nur dann für diese wahlwirksam, wenn Protestmotive wie Politikverdrossenheit und das Gefühl sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung hinzutreten. Fehlen solche Protestgründe, erfüllen die anderen Parteien, vor allem die Unionsparteien, nach wie vor die politisch außerordentlich wichtige Aufgabe einer Integration der (zahlenmäßig nicht sehr starken) „zufriedenen Rechtsextremen“. Um Missverständnissen vorzubeugen: Deswegen werden sie nicht zu rechtsextremen Parteien; die weitaus meisten der Unionswähler von 1998 stehen auf der unteren oder mittleren Position der Skala „Rechtsextremismus“.

Wie rechts sind die Wähler der Rechtsparteien?

Wenn es stimmt, was wir soeben festgestellt haben: dass Rechtsextremismus eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Wahl rechter Parteien darstellt, dann beantwortet sich die in der Überschrift dieses Beitrags gestellte Frage von selbst. Es gab im Herbst 1998 unter den Wählern der extrem rechten Parteien kaum Personen, die nach unserer Definition nicht rechtsextremistisch eingestellt sind. Keine andere Partei weist einen ähnlich hohen Anteil rechtsorientierter Wähler auf.

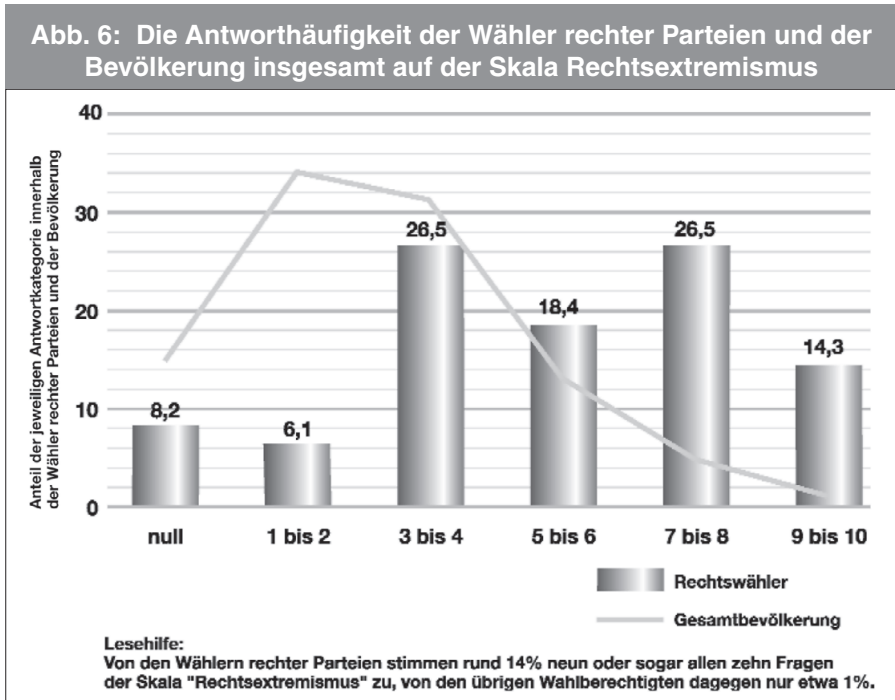
Dass die Wähler der Rechtsaußenparteien nahezu durchgängig sehr viel weiter rechts stehen als andere Wahlberechtigte, belegt Abbildung 5 (vgl. S. 33), wo für jede der zehn Aussagen der Skala „Rechtsextremismus“ der Prozentsatz der Rechtswähler und der Gesamtbevölkerung, die den einzelnen Aussagen völlig zustimmen, gegenübergestellt ist. Jeder einzelnen Aussage wird von einem deutlich höheren Prozentsatz der Wähler von Republikanern, DVU und NPD als der übrigen Wahlberechtigten zugestimmt. Eine besonders starke Diskrepanz zwischen diesen und der Gesamtbevölkerung besteht bei der Aussage, „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“. Ihr stimmen zwar auch 47 Prozent der Wahlberechtigten, aber sage und schreibe 86 Prozent der Rechtsaußenwähler zu. Sehr groß ist der Unterschied auch im Falle der Aussage, „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“, der 53 Prozent der Gesamtbevölkerung und 83 Prozent der Wähler von Republikanern, DVU und NPD vorbehaltlos beipflichten. Weitere Aussagen, bei denen sich Rechtswähler und Gesamtbevölkerung sehr stark unterscheiden, sind die Behauptungen, „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ und „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner

unter ihren eigenen Landsleuten wählen“. In anderen Fällen sind die Unterschiede sehr viel geringer, wenn auch nach wie vor deutlich erkennbar, so bei der Aussage „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“, der auch 60 Prozent der Wähler nicht-rechter Parteien zustimmt, oder bei der Behauptung „Gruppen- und Verbandsinteressen sollten sich bedingungslos dem Allgemeinwohl unterordnen“. Die niedrigste Zustimmung überhaupt erfährt bei den Wahlberechtigten insgesamt wie auch bei den Wählern rechter Parteien die Aussage „Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform“. Ihr pflichten nur zehn Prozent aller Befragten, aber immerhin noch ein Drittel der Republikaner-, DVU- und NPD-Wähler „völlig“ bei.



Quelle: DFG-Studie zur Bundestagswahl 1998

Die Republikaner-, DVU- und NPD-Wähler stimmen jeder einzelnen Aussage der Rechtsextremismusskala folglich wesentlich häufiger zu als die Gesamtbevölkerung. Aussagekräftiger sind die Werte, die beide Gruppen auf der Rechtsextremismusskala insgesamt erzielen. Abbildung 6 (vgl. S. 34) gibt wieder, wie viel Prozent der Rechtsaußenwähler und der Gesamtbevölkerung einer bestimmten Anzahl von Aussagen dieser Skala zustimmen. Daraus wird deutlich, dass im Herbst 1998 über 40 Prozent der Wähler extrem rechter Parteien, aber weniger als vier Prozent der übrigen Wahlberechtigten mindestens sieben der zehn Aussagen der Rechtsextremismusskala zustimmten. Allen zehn Behauptungen pflichteten rund 15 Prozent der Rechtsaußenwähler, aber weniger als ein Prozent der anderen Wahlberechtigten bei, d.h. jeder siebte Republikaner-, DVU- und NPD-Wähler, aber nur jeder hundertste Wähler der anderen Parteien.



Quelle: DFG-Studie zur Bundestagswahl 1998

Zumindest diese Gruppe weist nach unserer Auffassung ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild auf. Es ist jedoch sicher legitim, die Messlatte etwas niedriger zu legen, wie dies in anderen Untersuchungen zum Thema geschieht. Wie viel Prozent der Deutschen oder der Republikaner-, DVU- und NPD-Wähler aufgrund der von uns ermittelten Skalenwerte als rechtsextrem einzustufen sind, ist nicht eindeutig zu bestimmen. Selbst wenn man die inhaltliche Gültigkeit und formale Qualität der Skala als zweifelsfrei gegeben unterstellt, sind konkrete Prozentangaben über den Anteil Rechtsextremer in einer bestimmten Gruppe immer auch eine Sache der Entscheidung, ab wann man von einem geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild überhaupt reden will. Legt man einen strengen Maßstab zugrunde, wie von uns vorgeschlagen, und verlangt, dass von den Befragten zu mindestens neun von zehn Aussagen positiv Stellung genommen wird, bevor man von einer eindeutig rechtsextremistischen Haltung ausgeht, würde derzeit in Deutschland ungefähr jeder Hundertste ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild aufweisen. Falls man mit mindestens acht positiv beantworteten Aussagen zufrieden ist, steigt der Prozentsatz der Rechtsextremisten in der Bevölkerung auf rund drei Prozent; und wenn man ein noch weiches Kriterium zugrundelegt und fordert, dass jemand zu mindestens zwei Drittel der Aussagen positiv Stellung bezieht, also zwischen sieben und zehn Behauptungen der Skala zustimmt, beträgt der Anteil von Personen mit relativ fest gefügter rechtsextremistischer Weltanschauung in Deutschland rund 7 Prozent. Nicht vergessen werden darf bei der Interpretation solcher Zahlen, dass Aussagen über den Prozent-

satz der Rechts- oder Linksextremisten, der Antisemiten und Fremdenfeindlichen in einem Land immer mit einem gewissen Willkürelement behaftet sind, das mit der notwendigen Setzung von Schnittpunkten zu tun hat.

Fazit und Ausblick

- a) Personen mit einer kritischen Haltung gegenüber Ausländern und Asylbewerbern tendieren stärker als der Durchschnitt und um ein Vielfaches häufiger als Befragte, die hierzu eine Gegenposition einnehmen, zur Wahl rechter Parteien. Ähnliche Beziehungen gelten für Aussagen nationalistischen, antisemitischen und antidemokratischen Inhalts: Personen, die solchen Aussagen völlig zustimmen, die Hitler ohne Judenvernichtung für einen großen Staatsmann halten und dem Nationalsozialismus vorbehaltlos auch gute Seiten zubilligen, tendierten auch 1998, wie schon zwischen 1989 und 1994, weitaus stärker als der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung zur Wahl der Republikaner, der DVU oder der NPD.
- b) Daneben wird die Wahl von Rechtsparteien durch Politiker- und Parteienverdrossenheit sowie durch das Gefühl, sozial benachteiligt zu sein, beeinflusst.
- c) Das eigentlich überraschende Ergebnis der Untersuchung aber betrifft die Frage nach der Rolle nicht ideologisch motivierter, d.h. nicht rechtsextrem denkender Protestwähler innerhalb der Wählerschaft der Republikaner. So sehr es den allgemeinen Erwartungen widerspricht: Auch im Herbst 1998 scheint es so gut wie keine DVU-, NPD- oder Republikaner-Protestwähler gegeben zu haben, die politisch nicht zugleich extrem weit rechts standen! Umgekehrt reichen rechtsextreme Einstellungen allein nicht aus, die Wahl von Rechtsaußenparteien zu erklären. Sie werden nur dann in diesem Sinne wahlwirksam, wenn Protestmotive wie Politikverdrossenheit und das Gefühl sozialer und wirtschaftlicher Benachteiligung hinzutreten.
- d) Daraus folgt, dass keine andere Partei außer der DVU, den Republikanern und vermutlich der NPD, die jedoch mangels Masse und Bekanntheit ihrer Anhänger in allgemeinen Bevölkerungsumfragen kaum eine Rolle spielte, einen auch nur annähernd gleich großen Anteil rechtsorientierter Wähler aufwies. Selbst wenn man einen äußerst strengen Maßstab anlegt, weist jeder siebte Rechtswähler, aber nur jeder hundertste Wähler anderer Parteien ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild auf. Unter den längerfristigen Anhängern der Rechtsaußenparteien, sozusagen ihrer Kernklientel, ist der Prozentsatz von Personen mit einer fest gefügten rechtsradikalen Haltung sogar noch höher.
- e) Wie viel Prozent der Deutschen bzw. der extremen Rechtswähler aufgrund der von uns ermittelten Skalenwerte als rechtsextrem einzustufen sind, hängt auch davon ab, von welchem Punkt an man von einem geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild sprechen will. Legt man einen harten Maßstab zugrunde, wie von uns vorgeschlagen, würde derzeit in Deutschland ungefähr jeder Hundertste ein fest gefügtes rechtsextremes Weltbild aufweisen. Falls man ein weiches Kriterium verwendet und fordert, dass jemand zu mindestens zwei Drittel der Aussagen unserer Rechtsextremismusskala positiv Stellung nimmt, beträgt der Anteil von Personen mit relativ fest gefügter rechtsextremistischer Weltanschauung in Deutschland

derzeit rund 7 Prozent. Etwa 40 Prozent der Rechtsaußenwähler gegenüber „nur“ knapp 6 Prozent der übrigen Wahlberechtigten wären nach diesem weicherem Maßstab als „rechtsextrem“ einzustufen.

- f) Daraus ergibt sich: Die Wähler der Republikaner, der NPD und der DVU sind zwar ganz überwiegend Protestwähler; zugleich aber sind sie nach unserer Definition in ihrer großen Mehrheit Menschen mit einem relativ geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild. Mit anderen Worten: Bei den Wählern von Republikanern, DVU und NPD handelte es sich auch 1998 mit hoher Wahrscheinlichkeit um rechtsextreme Protestwähler.